

Gewerkschafter/innen *gegen Atomenergie und Krieg*



KONTAKT: Stiftgasse 8, A-1070 Wien
E-mail: ggae@gmx.at
www.atomgegner.at

Nr. 1, März 2010

Klimawandel macht *heiß* **Es gibt noch eine Chance!**

Der Stopp des Klimawandels
= machbar
= für Mensch und Umwelt unverzichtbar
= eine energiepolitische Notwendigkeit
= volkswirtschaftlich nutzbringend

Impulsreferate:

Univ.Prof.Dr. Helga Kromp-Kolb/Umweltmeteorologin-Klimaexpertin/Uni Boku Wien

Univ.Doiz.Dr. Peter Weish/Uni Boku Wien

Univ.Prof.Dr. DI August Raggam/TU Graz

Nach den Impulsreferaten Publikumsdiskussion

Zeit: **Montag, 22. März 2010, 19.30 Uhr**
pünktlicher Beginn

Ort: Afro-Asiatisches Institut,
Türkenstraße 3, 1090 Wien

Es laden ein:

Arge ja zur Umwelt, nein zur Atomenergie, GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg, Begegnungszentrum für aktive Gewaltlosigkeit, Eurosolar Austria, Österreichischer Naturschutzbund – Landesgruppe Niederösterreich

U. A. w. g. E-Mail: ggae@gmx.at Tel.: 0650 830 7 830

Profit.Macht.Klima

Ob Sturm, Hochwasser oder Trockenheit – die Extreme nehmen zu. Auch bei uns sind die Folgen hautnah spürbar. Der Klimawandel findet statt. Doch die Klimapolitik wandelt sich kaum. Im Gegenteil: Immer mehr wird verbreitet, der Klimawandel beruhe nur auf Fehlberechnungen und die Atomkraft sei ein Ausweg.

Laut Schätzungen der Experten machen allein die Umweltschäden, die Österreich 2009 erlitten hat, rund 400 Millionen Euro aus. Für viele Meteorologen liegen die Wetterkapriolen nach wie vor im Bereich der langjährigen Beobachtungen. Manche Kommentatoren vermuten hinter der laufenden Debatte sogar „Klimaretter am Drücker“, wobei es um „risikolose Milliardengeschäfte“ gehe, deren reale Grundlagen für die Klimaretter in einer unüberprüfbar Zukunft lägen (Kronen Zeitung, 25.7.09) Doch so einfach liegen die Dinge nicht. Nicht die „Klimaretter“ machen Milliardengeschäfte, sondern die Konzerne mit Hilfe der Klimapolitik.

Laut Weltklimarat IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) wird die Durchschnittstemperatur auf der Erde bis 2100 um 1,8 bis 4,0 Grad Celsius steigen. Das wird die Umwelt für Menschen, Tier- und Pflanzenwelt schwerst bis nicht mehr reparierbar beeinflussen. Das kann eine Verschiebung der Klimazonen, eine daraus resultierende Erhöhung des Meeresspiegels zwischen 18 und 59 cm und eine Erwärmung der Meere zur Folge haben. Durch den Klimawandel sei ein Fünftel der Arten vom Aussterben bedroht, Hungerkatastrophen, Dürreperioden und Überschwemmungen (auch in Europa), wären an der Tagesordnung. Weitere Folge: Trinkwasserverknappung. Allein ein Grad Temperaturanstieg würde Wassermangel für 400 Millionen bis 1,7 Milliarden Menschen bedeuten (IPCC, www.ipcc.ch) .

Kostenklima

Der Klimabericht des ehemaligen Weltbank-Chefökonom Nicholas Stern (»Stern-Report«) kam schon vor drei Jahren zu dem Schluss: Wenn der Anstieg der Emissionen

innerhalb von 15 Jahren gestoppt wird, kann der Anstieg der Erderwärmung auf zwei bis drei Grad Celsius begrenzt werden. Die Kosten für diese Maßnahme würden bei ca. ein Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegen. Wenn die Staaten allerdings nicht handeln, könnte das langfristig eine Weltwirtschaftskrise verursachen, mit Verlusten von fünf bis 20 Prozent des globalen BIP.

Nun, die Weltwirtschaftskrise haben wir schon jetzt, verursacht durch die „ganz normale“ kapitalistische Marktwirtschaft. Die Auswirkungen, die Nicholas Stern beschreibt, basieren allerdings auf der gleichen Wirtschaftsweise, die Natur und Mensch immer rücksichtslos ausbeutet. Allerdings könnte ein Umschwenken auf nachhaltiges Wirtschaften, das die soziale, ökologische und ökonomische Dimension im Sinne Ressourcen schonender Bereitstellung von langlebigen Produkten und Dienstleistungen sowie eine Abwendung von der an der Profitmaximierung ausgerichteten Über- und Wegwerfproduktion zum Ziel hat, ein erster Ansatz sowohl aus der durch die Finanz(markt)krise entstandenen allgemeinen Krise als auch aus der „Klimakrise“ sein.

Börsenklima

Doch wie schaut die Realität aus? Statt wirksame Reduktionsmaßnahmen zu setzen, geben die Regierungen den Industrielobbys nach und machen die Klimapolitik zunehmend zu einer weltweiten „Klimabörse“, lassen also auf dem Gebiet des „Klimaschutzes“ ähnliche Zustände zu wie zuvor in der Wirtschaftspolitik mit den gerade jetzt sichtbaren fatalen Ergebnissen am Finanzmarkt und in der Realwirtschaft. So wurden der Industrie erhebliche Zukäufe von Verschmutzungsrechten (Emissionshandel) erlaubt. Ergebnis: Weltweit steigen die Treibhausgasemissionen trotz aller Klimaprogramme, Konferenzen und Absichtserklärungen weiter an. Zwar hat jetzt US-Präsident Obama einen Wechsel in der Klimapolitik der USA angekündigt und der G-8 Gipfel sich darauf geeinigt, die Erderwärmung auf 2 Grad Celsius begrenzen zu wollen. Doch was passiert? Die UNO-Klimakonferenz im Dezember 2009 in Kopenhagen ging aus wie das Hornberger Schießen und „Yes we can“-

Präsident Obama will im Namen des „Klimaschutzes“ der US-Atomindustrie zu neuem Leben, sprich zu frischen Profiten, verhelfen.

Aber nicht nur die USA betreiben diesen Öko-Schmäh: So wurden im Juli 2009 beim EU-Umweltministertreffen im schwedischen Åre eine CO₂-Steuer befürwortet und neue Schlupflöcher für die Industrie diskutiert, um die Eigenleistungen möglichst gering zu halten oder gar unnötig zu machen. „Klimazölle“ (Einführung von Importabgaben auf Waren aus Ländern mit schwächeren Klimaschutzregelungen als jene in der EU) oder die Ausstellung von „Waldschutz“zertifikaten sind zwei Beispiele für den Klimaschutzbetrug. So können sich die einen Konzerne weiter billig freikaufen, während die anderen „nachhaltig“ den Regenwald weiter abfackeln und Monokultur-Plantagen errichten.

Atomklima

Auch in Europa, wo die Atomkraft stark genutzt wird wie in Frankreich, Deutschland, Großbritannien (19 AKW), Russland (31) oder Ukraine (15), wird mit dem Argument, dass AKW CO₂-frei laufen, im Namen des Klimaschutzes Lobbying für die hinlänglich als risikoreich bekannte Atomkraft betrieben.

Doch erstens die die Atomstromproduktion keinesfalls CO₂-frei, sondern belastet die Umwelt mit bis zu 230 g/kWh. Selbst die „Schweizerische Energie-Stiftung“ des AKW-Betreiber-Landes Schweiz gibt für den Atomstrom Werte von ca. 100 g/kWh an.

Zweitens ist der Anteil der AKWs an der Energieversorgung weltweit mit 2,5% zu klein, um das Weltklima „retten“ zu können. So müssten nach Berechnungen von Felix Chr. Matthes (Öko-Institut Berlin), theoretisch bis 2050 jährlich zumindest 25 bis 35 große AKWs gebaut werden, um ein nenneswertes CO₂-Reduktionsziel zu erreichen. Solch eine massive Atomenergieexpansion würde unter anderem wegen schwerer Unfälle, der Gefahr von Terroranschlägen usw. die Risiken für Gesundheit, Ökosysteme, soziale und ökonomische Systeme signifikant erhöhen sowie das Problem der hochradioaktiven Atomabfälle und Nichtweiterverbreitung von Kernmaterialien in eine neue Dimension erheben. Ein Horrorszenario!

Austroklima

Auch Österreich, das sich immer noch gerne als „Umweltmusterland“ bezeichnet, ist von den internationalen Klimaschutzzielen (Kyoto-Ziele) weit entfernt. Anstatt die CO₂-Emissionen gegenüber 1990 um 13 Prozent zu verringern, stiegen sie bis 2007 um 11 Prozent! (Klimaschutzbericht 2009 des Umweltbundesamtes). Bis 2020 ist laut Österreichs Klimastrategie aus 2007 eine Emissionsminderung von 16 Prozent vorgesehen (ohne Emissionshandel). Doch mit den derzeit geplanten Maßnahmen werden die Vorgaben nicht erreicht werden, ist bestenfalls mit Emissionen knapp unter dem Niveau von 2007 zu rechnen.

Der Verkehrssektor ist laut Umweltbundesamt jener Sektor, der am weitesten von seinen CO₂-Einsparungsvorgaben abweicht. Daher ist bei den besonders verschmutzenden LKWs ein wichtiger Weg zu mehr Klimaschutz laut AK die Einführung einer flächendeckender LKW-Maut. Darüber hinaus bezahlt ein LKW-Frächter laut EU-Wegekostenrechnung auf ehemaligen Bundesstraßen nur 47 Prozent, auf Landes- und Gemeindestraßen gar nur 13 Prozent der Straßeninfrastrukturkosten. Gemäß Berechnungen des Verkehrsclub Österreich (VCO) belastet die Frächterlobby die Steuerzahler im Jahr mit 4,4 Milliarden Euro, während sie selbst nur 0,9 Milliarden Euro für die Straßenbenutzung bezahlt.

Zuletzt wurde auch schon von einer CO₂-Steuer geredet. Wer so eine Steuer einführt und nicht den CO₂-Verursachern durch entsprechende eindeutige Auflagen das Handwerk legt, der will in Wirklichkeit nichts tun, sondern nur bei der Masse abkassieren. So verlangen zum Beispiel die österreichische Immobilienbesitzer eine CO₂-Steuer für die Mieter, indem sie Dämmmaßnahmen nicht aus den Mietreserven bezahlen, sondern zusätzlich den Mietern direkt aufhalsen wollen. So macht die Profitwirtschaft in allen Bereichen Klima, pardon Stimmung, gegen die Menschen und gegen die Natur.

Non-Profit-Klima

Wie groß der Schaden ist, den die Profitwirtschaft anrichtet, zeigt die Studie des Londoner Instituts „Trucost“: Müssten die Unternehmen für die von ihnen verursachten Umweltschäden in Höhe von 2,2 Billionen Dollar zahlen, würde das ihre Gewinne um ein

Drittel kürzen. Als größte Umweltvernichter gelten das Agro-Business, die Energiekonzerne und die Transportindustrie. Allein die Emissionen von Treibhausgasen, Klima-Killer Nummer eins, schlägt nach diesen Berechnungen mit 1,1 Billionen Dollar zu Buche, gefolgt von Luftverschmutzung, Überbeanspruchung von Böden und der Wasserverunreinigung. Indirekte Auswirkungen wie Migration infolge des Klimawandels wurde dabei noch nicht berücksichtigt (Kurier, 20.2.10).

Jedenfalls: Umweltschutz ist möglich. Das Geld ist da. Es ist bei den Konzernen, die selbst bei nicht umweltzerstörerischer Produktionsweise noch zwei Drittel ihrer Profite gesichert hätten. Aber da Profitmacherei nicht von selbst auf Profit verzichtet, sich nicht mit weniger Profit zufrieden gibt, **kann nur eine Non-Profit-Gesellschaft der Ausweg im Interesse der Menschen sein!** Denn die Profitwirtschaft verursacht nicht nur den Klimawandel und die Umweltzerstörungen, sondern vernichtet zunehmend die Existenz der Menschen durch Armut und Kriege.

Im Windschatten von Klima- und Wirtschaftskrise **Atomlobby wittert Morgenluft**

Dass sich die AKW-Anlagen auf der Welt volkswirtschaftlich nicht rechnen und brandgefährlich sind, habe wir an dieser Stelle schon oft dargelegt. Zuletzt in unsrer Dezemberausgabe: Wegen der horrenden AKW-Baukosten hob ein kanadischer Bundesstaat sein AKW-Ausbauprogramm auf.

Doch die Atomindustrie gibt nicht auf. Sie weiß, was wir nicht wissen sollen: AKWs waren noch nie wirtschaftlich und sicher. Deshalb wurde immer ein Angstscenario aufgebaut, um AKWs durchsetzen zu können. Auch vor 30 Jahren rund um Zwentendorf. Da hieß es, ohne Atomstrom drohe Stromknappheit und Arbeitslosigkeit. Ähnlich wird jetzt seitens der Atomlobby versucht, wieder Milliarden locker zu machen.

Tödliche Arbeitsplätze

In Spanien will im Schatten der Wirtschaftskrise die Atomindustrie mit Hilfe der Regierung ein Atommülllager um 800 Millionen Euro bauen. Abgesehen davon, dass es kein sicheres Lagern von Atommüll gibt und die Kosten dafür am Ende ein Vielfaches der berichteten 800 Millionen Euro ausmachen dürften, heißt die regierungsoffizielle Linie: „Arbeitsplätze für eine arme Region“. Für die Hoffnung auf 500 Arbeitsplätze (Spanien hat derzeit eine Arbeitslosenrate von 20%), sollen uns für Hunderttausende Jahre Gefahren und Elend aufgeladen werden.

Tödliche Garantien

In den USA wiederum wird nun in Namen des Klimaschutzes die Atomindustrie aufgepäppelt. Während bei der Klima-Konferenz in Kopenhagen nichts in Sachen Klimaschutz

herauskam (siehe Artikel an anderer Stelle), wird dafür die Atomindustrie massivst gefördert. So plant Präsident Obama die staatlichen Kreditgarantien für die Atomindustrie um mehr als 8 Milliarden auf 54 Milliarden US-Dollar zu verdreifachen! Tödliche Garantien sind das, die die Menschen gefährden und nichts zum Klimaschutz beitragen.

US-Atomindustrie: Yes we can – mit Atom-Obama

„Atomkraft bleibt für uns die größte Energiequelle, durch die keine Treibhausgase entstehen. Um unseren Energiebedarf zu decken und die schlimmsten Auswüchse des Klimawandels zu verhindern, müssen wir die Atomkraft ausbauen - so einfach ist das“, sagt Obama (APA, 16.2.10).

Atomprofite - todsicher!

Dabei geht es nicht um CO₂-Reduktion, sondern um Profitsicherung. Nicht nur in den USA, dem Land mit den meisten AKWs (104), sondern auch im zweit-, oder drittgrößten AKW-Land, Frankreich (59) und Japan (55). Wie groß da die Gewinne sind, wissen wir nicht. Aber in Deutschland (17 AKW), wo jetzt die neue schwarz-gelbe Regierung den „Ausstieg vom Atomausstieg“ plant (künftig sollen die deutschen AKW nicht mehr zu einem politisch definierten Zeitpunkt vom Netz genommen werden, sondern erst, wenn es die „Sicherheit“ erfordert). Dieser „Kompromiss“ auf Kosten von Leben und Gesundheit der Bevölkerung sieht vor, dass dafür die Energiekonzerne einen Teil ihrer zusätzlichen Gewinne, die auf 15 bis 70 Mrd. Euro geschätzt werden (Die Presse, 24.10.09), in einen Fonds einzahlen, durch den erneuerbare Energieformen subventioniert werden sollen. Wir wissen, alle Fonds sind geduldig. Also: allein die

zusätzlichen Gewinne der deutschen Atomindustrie mit ihren 17 AKW werden auf diese horrende Summe geschätzt! Die Allgemeinheit hätte weniger Gesundheits- oder Finanzierungsprobleme, stünden den

Volkswirtschaften diese Milliarden-Summen zur Verfügung und nicht bloß einigen Atomkonzernen und Atom-Aktionären, die mit unser aller Gesundheit und Leben „gesunde“ Geschäfte machen.

Ein Jahr Obama Krise und Krieg gehen weiter!

Bei seinem Amtsantritt vor einem Jahr versprach US-Präsident Obama eine neue Ära, er sprach vom Ende der Krise und vom Wohlstand für die Amerikaner und vom Frieden in der Welt.

Bilanz nach einem Jahr: Die Krise geht munter weiter, noch mehr Wohlstand gibt es, jedoch nur für die Reichen, Frieden gibt es nicht, im Gegenteil, die USA weiten den Krieg aus.

Die USA erreicht heuer das größte Defizit ihrer Geschichte, von 1.600 Milliarden Dollar und das alles auf Pump. Ein Großteil der Milliarden wurde für die Krisenbewältigung fürs Großkapital – für die „notleidenden“ Banken aufgebracht, während die Arbeitslosigkeit in den USA fast 10% beträgt. Die größten US-Banken und andere Finanzinstitute wurden 2008 mit Milliarden an Steuergeldern aus ihren Verlusten herausgeholt. 2009 sind ihre Profite schon wieder gigantisch gestiegen. Die 5 größten US-Banken sind heute noch größer als vor einem Jahr, machen weiterhin mit den gleichen Spekulationsgeschäften Riesen Profite und zahlen ihren Managern wiederum Rekordboni. Zum Jahresende erhielten diese Manager z.B. 25 Milliarden Dollar! Die Aktienbesitzer, die großen Anleger profitieren am meisten von den Milliarden Finanzspritzen und gelockerten Bilanzierungsregeln für strauchelnde Banken. Die Reichen und Superreichen, die größten Konzerne, Banken und Versicherungen sind die absoluten Gewinner der Weltwirtschaftskrise 2008/2009. Die Anderen, also der Großteil der Menschen und der Völker sind die Verlierer. Wir alle zahlen für die Krise des Kapitalismus.

Die Umverteilung von unten nach oben hat auch in Österreich weiter zugenommen.

Die Arbeitslosigkeit bei uns ist Ende 2009 mit ca. 400 000 die höchste seit langem und es wird für heuer ein weiterer Anstieg prognostiziert. Wegen der Milliarden Staatsverschuldung durch die Bankrettungsmilliarden soll nun bei den arbeitenden Menschen bzw. denen, die ohnehin wenig haben, gespart werden. Arbeitszeitflexibilisierung, weiterer Sozialabbau,

Verschlechterung des Gesundheitswesens, der Pensionen, unleistbare Wohnungen usw. usw. Das kommt alles auf uns zu.

M.J. Boskin, Wirtschaftsprofessor der US-Stanford Universität und 5 Jahre Berater von Bush, schrieb u.a., dass die Schätzungen aus Verlusten aus amerikanischen Wertpapieren noch immer zwischen 1000 Milliarden und bis zu 4000 Milliarden Dollar betragen. Ca. die Hälfte dieser Wertpapiere halten die Banken und Wertpapierhändler. Selbst dieser konservative Ökonom sagt, dass das gegenwärtige System, indem Gewinne aus höchst riskanten, meist fremdfinanzierten Geschäften privatisiert, die Verluste aber sozialisiert werden (d.h. der US-Steuerzahler oder z.B. der österreichische Steuerzahler werden mit Milliarden zur Kasse gebeten, damit große Banken nicht pleite gehen und diese machen munter weiter), zu einer noch größeren Wirtschaftskrise führt und er verlangt mehr Kontrolle und Auflagen für die Banken. Doch diese Kontrolle, von der immer wieder die Rede ist, kommt nicht. Warum?

Ganz einfach: Das internationale Finanzkapital, das uns diese Krisen beschert, will das nicht weil das seine immensen Profite etwas beschränken würde und das Finanzkapital regiert die westliche Welt und die Regierungen tanzen nach seiner Pfeife!

Die Finanzminister der USA, der Euroländer samt Österreich haben also den Banken mit Milliarden Dollars bzw. Euros aus Steuergeldern ausgeholfen. Dieses geschenkte bzw. billige Geld hat aber nicht zu billigen Krediten für die arbeitenden Menschen geführt sondern mit den nahezu kostenlosen Krediten spekulieren wie erwähnt heute mehr denn je die Banken selbst und deren Großinvestoren und Anleger. Das Geschäft läuft auch in Europa phantastisch. Die Europäische Zentralbank (EZB) z.B. hat allein im Herbst 2008 die Geldsumme, die sie den Banken zur Verfügung stellt, auf 900 Milliarden Euro verdoppelt, Zinssatz 1%. Österreichische Banken erhielten ca. 13 Milliarden Euro an billigem Geld von der EZB.

Das billige Geld hat auch die Banken selbst noch mehr als bisher direkt als Spekulanten aktiv werden lassen bzw. sie finanzieren Hedgefonds, die spekulieren und die Banken verdienen riesig durch die Gebühren, die sie den Fonds verrechnen. Die Spekulation mit Rostoffen wie Erdöl, Kupfer, Nickel hat 2009 den Rekordwert von 60 Milliarden Dollar erreicht. Deswegen ist z.B. der Ölpreis heute um bald 20 Dollar zu hoch, sagen die Experten. Weiters nimmt die Spekulation auf Nahrungsmittel rasant zu, was vor allem die armen Länder der dritten Welt noch mehr in den Ruin treibt.

Soweit zur Krise, nun zum Krieg!
Die imperiale Supermachtspolitik der USA kostet den US-Steuerzahler viel Geld, der militärisch-industrielle Komplex verdient daran kurz- und langfristig.

Der zweite Riesenposten des US-Defizits ist eben der weitere Anstieg des US-„Verteidigungs“ = Kriegsbudgets auf ca. 1000 Milliarden Dollar pro Jahr plus die Kosten der Kriege im Irak und Afghanistan. Bisherige Kosten dort ca. 1 weitere Milliarde Dollar!

Die USA bestreiten 2/3 der weltweiten Rüstungsausgaben. 2010 werden sie darüber hinaus

eine neue Rekordsumme für die Modernisierung ihres Atomwaffenarsenals ausgeben.

Kein Wunder, dass die amerikanischen Rüstungsaktien nach Obamas Budget angestiegen sind. Obama hat Bush als Kriegspräsident längst übertroffen. Im Irak kam es entgegen seiner Ankündigungen nicht zu einem Truppenabzug, im Gegenteil. Im Irak sind heute mehr als 100.000 Soldaten stationiert, soviel wie Anfang 2004, kurz nach der Besetzung des Iraks!

In Afghanistan hat Obama die Truppen zweimal, insgesamt um weitere 50 000 Mann aufgestockt. Den USA geht es nicht um einen wirklichen Frieden in der Region, den können sie gar nicht brauchen! Dazu schrieb ein profunder Kenner der Region, Christoph R. Hörstel, ein Afghanistan Experte, der zuletzt für Führungskräfte der Bundeswehr-Schutztruppe für Afghanistan arbeitete, in seinem neuen Buch »Brandherd Pakistan«, „Wir müssen uns darüber klar sein, dass am Hindukusch, in Zentralasien, mitten zwischen Iran und China, die Feststellung „mission accomplished“ (Mission beendet) eine Art Horrorvorstellung für amerikanische Interessenvertreter darstellt:

Denn in diesem Fall müssten die USA ihre Truppen zurückziehen. Und dann macht Asien sich sozusagen selbständig. Der Iran stellt seine Energierohstoffe chinesischen Abnehmern zur Verfügung – abgerechnet werden diese Lieferungen bereits heute nur noch zu 40 Prozent in US-Dollars – und dann haben die USA tatsächlich Macht und Einfluss verloren.“ Das heißt: Die USA braucht den Krieg in Afghanistan. Sie hat kein Interesse an einem dauerhaften Frieden in der Region, dann hätten sie keinen Vorwand, dort weiter zu bleiben. Als Vorwand dient ja u.a. der „Krieg gegen den Terror“. Deswegen sagte Obama schon vor seiner Wahl: „Ich glaube, dass hier (in Afghanistan) der Hauptfokus, die Hauptfront im Kampf gegen den Terrorismus sein muss.“

Christoph C. Hörstel schreibt weiter in Bezug auf den Einsatz der deutschen Truppen in Afghanistan, dass schon anfangs 2008 die regierungsnah »Stiftung Wissenschaft und Politik« (SWP) in einer Studie schrieb, dass Deutschland »die Aufstandsbekämpfung als neue Einsatzrealität akzeptieren« müsse. Hörstel: „Zur Legitimierung ihrer militärisch durchgesetzten strategischen Hegemonialinteressen in Asien lassen die USA heimlich über pakistanische Geheimdienste ihre Gegner hochpäppeln, die sie gleichzeitig durch gewaltsame Eingriffe zu steuern versuchen. Dieses Doppelspiel sichert den ständigen Zuwachs an eigenen und verbündeten Truppen in der Region, die dann dazu benutzt werden, weitergehende geschäftliche Ziele zu erreichen“. Hörstel berichtet auch von einer allwöchentlichen Geheimdienst-Lagekonferenz im deutschen Bundeskanzleramt auf der er einen Teilnehmer fragte, ob denn der BND (deutscher Geheimdienst) über diese Doppelpolitik der USA informiert sei, den Krieg am Hindukusch heimlich zu befördern, um ihn offen ausweiten zu können. Die Antwort war: „Ja, wir wissen das“. Unter diesem Blickwinkel bedeutet Obamas Aussage, „Der Krieg in Afghanistan ist nicht zu gewinnen“, daß dieser Krieg, im Interesse der USA, ewig weitergehen soll, damit die USA eine Rechtfertigung für ihr Bleiben in der Region angeben können. Welch ein Zynismus auf Kosten des afghanischen Volkes, auf Kosten der Zerstörung des Landes, auf Kosten 10 000.er Toten.

In Gaza und Westjordanland lässt Obama Israel seine Aggressions- und Annexionspolitik ungehindert fortsetzen. Gaza wird blockiert, die Menschen werden aushungert. In

Westjordanland werden die israelischen Siedlungen stetig weiter ausgebaut. Ebenso will Obama Israel für einen möglichen Angriff auf den Iran unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung verwenden. Im Jemen hat die USA eine neue Front eröffnet.

Zur Etablierung ihrer ökonomischen und politischen Vorherrschaft wird die USA, so heißt es schon 2007 im Quadrennial Defense Review, dem offiziellen Bericht des Pentagons, dass "Washington versuchen wird, jeglichen militärischen Konkurrenten davon abzubringen, ... Fähigkeiten zu entwickeln, die ihm eine regionale Hegemonie ermöglichen würden. ... Falls Abschreckung nicht ausreicht, werden die Vereinigten Staaten die strategischen und operativen Ziele einer feindlichen Macht vereiteln." Der Bericht nennt ausdrücklich Russland und China, gegen die die US-Pläne gerichtet sind. Die USA hat insgesamt, ohne die Truppen im Irak und Afghanistan, über 250 000 Truppen im Ausland stationiert. Die Gesamtzahl der US-Stützpunkte außerhalb der USA liegt bei ca. 1000.

Die Pläne der USA, der einzigen Weltmacht, zur Weiterentwicklung ihrer globalen Vormachtstellung, bedeuten die Vorherrschaft über Eurasien zu erringen. Dazu muss u.a. Russland isoliert und womöglich destabilisiert werden. (Obamas Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski) Deswegen auch die Stationierung der US Raketensysteme in Osteuropa, die

gegen Russland gerichtet sind. Diese Pläne gehen trotz blumiger Friedensreden von Obama munter weiter. Die sog. „US-Raketenabwehrpläne“ in Polen und Tschechien sind keineswegs vom Tisch. Es wurden nur die alten Pläne durch moderne Raketensysteme ersetzt. Der polnischen Regierung bot Obama an, landgestützte SM-3 Raketen zu stationieren, der Tschechien wurde angeboten, dass Hauptquartier der Raketenabwehr dort einzurichten.

Und in Rumänien wird ab 2015 einen Teil des US-Raketenschutzes installiert werden, ebenfalls zur Abdeckung eines Teils des russischen Gebietes.

Gleichzeitig sollen ab 2011 auf US-Kriegsschiffen seegestützte, mobile SM-3-Raketen im Mittelmeer, im Schwarzen Meer, im Nahen und im Mittleren Osten stationiert werden. Sie sind schon geeignet, Mittelstreckenraketen abzuschießen und sollen in ihrer Weiterentwicklung in der Folge auch Langstreckenraketen abschießen können.

All diese Raketensysteme haben primär folgende Funktion. Wenn die USA gegen Russland in einem atomaren Erstschlag losschlägt, dann gehen die US-Strategen davon aus, dass sie damit 99% der russischen Atomkapazität vernichten werden. Das restliche 1% der russischen Atomraketen solle dann mit dem US-Raketenabfangsystem rund um Russland abgefangen werden. Das sind alles US Vorbereitungen auf den III. Weltkrieg.

Gedanken einer Mutter einer 18-jährigen Tochter!

Schnell ist die Zeit vergangen. Nun bist du 18 und maturierst in wenigen Wochen. Froh wirst du sein, sagst du, wenn das alles vorbei ist. Ja, auch ich werde mich mit dir freuen. Feiern sollst du, die Ferien und deine Jugend genießen. Auch ich habe diese Zeit genossen, und ich war unbeschwert. Die Welt stand mir offen. Ja natürlich wollte ich studieren. Es waren doch die 70-er Jahre. Damals, als in die Bildung der Jugend investiert wurde, als der freie Hochschulzugang das politische Credo der Sozialdemokraten war.

Ich wusste ehrlich gesagt nicht genau, was ich studieren sollte. Das war nicht so schlimm, man schaute sich das mal an. Man war doch jung und hatte Zeit. Und wenn die Eltern etwas Druck machten, na dann suchte man sich einen Job und verdiente etwas Geld dazu. Dafür trat man dann eben beim Studium etwas kürzer.

War ja nicht so schlimm, brauchte man vielleicht ein Jahr länger.

Und ich fand auch wirklich eine Studienrichtung, die mich fesselte. Dafür habe ich dann Zeit investiert, habe mich mehr als vielleicht für das Studium notwendig in die Sache vertieft, mit meinen Kollegen stundenlang diskutiert. Wir hatten ja Zeit. Aber die Zeit ist nicht nur verstrichen. Wir haben dabei vieles, was eigentlich jenseits des eigentlichen Studiums lag, gelernt. Wir haben gelernt zu denken, die Dinge zu hinterfragen, wir haben eigene Ideen (Ich gebe es ja zu, manchmal ziemlich verrückte.) entwickelt.

Und dann machten wir unseren Abschluss und fanden unseren Platz in der Welt der Erwachsenen. Wir haben unser Fachwissen mitgebracht und wir haben unsere Fähigkeit, vernetzt zu denken, mitgebracht. Und gerade vom letzteren profitierte auch die Wirtschaft.

Natürlich konnte man mit uns nicht so leicht machen, was sich unsere Chefs gewünscht hätten. Wir waren gewohnt nach dem Warum zu fragen oder sinnvollere Alternativen zu entwickeln. Das haben wir eben auch gelernt, denn wir hatten ja Zeit.

Für dich – meine Tochter – schaut die Welt anders aus.

Als du 7 Jahre alt warst – 1999 – trafen sich in Bologna die Regierungsvertreter 26 europäischer Staaten (EU-Staaten und andere) und veranlassten die Neuorganisation der Hochschulstudien – den sogenannten Bologna-Prozess. Als Ziel wurde definiert, die Systeme der höheren Bildung in Europa einander anzugleichen. Durch standardisierte Benotungen und Abschlüsse soll auch die Mobilität von Studierenden, Lehrenden und Forschern gefördert werden.

Nun, diese Mobilität wäre ja von Vorteil. Sie wird aber nicht in dem Ausmaß erzielt, wie man vielleicht annehmen möchte. Und das hat damit zu tun, dass das eigentliche Ziel ein anderes ist: Die Hochschulsysteme sollen die Regeln einer neoliberalen Wirtschaft und Gesellschaft übernehmen. Wer gewinnt den harten Konkurrenzkampf, wer macht den meisten Profit?

Um deutlicher aussieben zu können wird das Studium in 2 große Zyklen geteilt, eine Schmalspurausbildung mit Bachelor- Abschluss für die Masse, nach Überwindung zahlreicher Hürden Master- und Doktoratsstudium für eine schmale Elite.

Die Masse der Studierenden soll möglichst schnell durch die Uni geschleust werden, am Ende ausgestattet mit einem sehr spezifischen Wissen, das schnell verwertet werden kann. Daher ist das Studium selbst absolut verschult, lässt kaum individuelle Interessenschwerpunkt zu und das Denken über den Tellerrand eines Unternehmens wird nicht entwickelt. Genau so wird es von der Wirtschaft gewünscht.

Solltest du - liebe Tochter – die ersten 3 Jahre geschafft haben (und dabei hoffentlich dein kritisches Potential nicht verloren haben), stellt

sich die Frage, ob du nun weiter studieren willst. Das hängt aber leider nicht nur von deinem Interesse und deinen Fähigkeiten ab, sondern vor allem vom Geld. Denn bis dahin sollen überall höhere Studiengebühren eingeführt werden; so will es die „Lissabon-Strategie“. Du wirst sehen, aber für viele wird das der Grund für den Abbruch des Studiums sein.

Jene aber, die es sich leisten können, gehören zur Upperclass. Und damit haben wir eine weitere Verhärtung unserer Klassengesellschaft – die Reichen können sich's richten und bleiben unter sich.

Seit 1999 herrscht unter den Universitäten ein Wettbewerb, wie man ihn nur aus der Welt der Konzerne und Aktien kennt.

Europas Universitäten entwickeln sich zu Firmen oder Marken auf einem Markt für Studiengänge und -abschlüsse. Was zählt, sind die Berufsaussichten und zu erwartenden Gehälter der Absolventen dieser "Bildungsinvestition". Da aber die öffentlichen Bildungsausgaben europaweit gekürzt wurden, sind private Investitionen im Bildungsbereich notwendig und auch erwünscht, um in diesem Konkurrenzkampf zu überleben. Was zynisch als Autonomie der Universitäten verkauft wird, ist in Wahrheit extreme Abhängigkeit von privaten Investoren. Wer nun das Sagen hat, muss ich jetzt wohl nicht erklären, wonach geforscht werden darf liegt so nicht mehr in den Händen des Staates sondern in den Händen einiger Weniger.

Das klingt jetzt alles nicht sehr rosig, soll euch junge Leute aber nicht davon abhalten zu studieren. Und ihr werdet eine „gute Gesellschaft“ an den Unis antreffen. Nämlich jene Studenten, die sich im Herbst letzten Jahres solidarisch gegen die genannten Entwicklungen zur Wehr setzten. Helft mit, dass diese Protestaktion nur der Anfang war. Solidarisiert euch mit ihnen und ihr werdet sehr viel lernen, was ihr in eurem Leben braucht.

Wir jung gebliebenen Alten werden euch unterstützen, wo wir können.

Nein zu Bildungs- und Sozialabbau

Demonstration

Do 11. März 2010, 15.00 Uhr Westbahnhof

Vom 11. bis 12. März sind BildungsministerInnen aus 46 Staaten zur 10-Jahre-Jubiläumskonferenz des Bologna-Prozesses nach Wien und Budapest geladen. Angesichts der Zustände an den Universitäten und im gesamten Bildungsbereich sehen wir jedoch keinen Grund zu feiern. Die breiten Proteste für freie Bildung haben deutlich gemacht, dass es hier um weit mehr als die Interessen von Studierenden geht. **Mehr unter:** <http://bolognaburns.org/index.php?id=45&L=1>

Die kapitalistischen Vordenker haben nur mehr Almosen für uns parat Kapitalismus forever?

Die maroden Diktaturen in den Oststaaten, die ja keinen wirklichen Kommunismus repräsentierten, konnten den ausufernden, hemmungslosen Kapitalismus sogar noch einigermaßen in die Schranken weisen. Als diese Diktaturen stürzten, sprachen einige Philosophen, darunter der westdeutsche Peter Sloterdijk, vom Ende der Geschichte. Der Kapitalismus sei **das** Modell für die Zukunft der Menschheit. Verständlich von den Reichen und Mächtigen, den Herrschenden her gesehen – für die braucht sich ja nichts zu ändern. Aber die andere Seite, die der Underdogs, kann das nicht akzeptieren, trotz der Ohnmacht, mit der sie den bestehenden Verhältnissen meistens gegenüber steht. Sie werden von den Herrschenden immer unter Wasser gehalten und können nichts anderes tun, als um die Luft zum Atmen zu ringen und sollen ständig damit beschäftigt sein ums Überleben zu kämpfen, damit keine Zeit zum Nachdenken über die ungerechten Verhältnisse bleibt. Von solidarischen Zusammenschlüssen, um das herrschende ungerechte System zu stürzen, kann dann keine Rede mehr sein. Der Kampf ums tägliche Überleben tötet oft jede Solidarität. Wo sich die Menschen aber trotz aller Unterdrückung einmal sammeln und finden, da erzittern die Herrschenden und ergreifen jedes Mittel, um oben zu bleiben, bzw. einen Ausweg zu finden.

Ohnmacht und Zorn

Dieses System hat schon einmal den Faschismus als Ausweg gewählt. Die Menschen werden unterdrückt und ohnmächtig gemacht. Sie sind einem System ausgeliefert, das sie ausbeutet und den Ertrag ihrer Arbeit nach oben hin, zu den Reichen, privatisiert. Die Schere zwischen Arm und Reich geht, entgegen aller Lügen der Herrschenden immer weiter auseinander. Diese haben es in der Hand, sich die von der Masse der Menschen geschaffenen Werte in den eigenen Sack zu spielen. Uns sind die Hände gebunden. Das macht zornig und ohnmächtig. Aus dieser Ohnmacht heraus verlangen viele nach einem starken Mann, der ihnen wieder ihre Rechte zurückbringt. 2000 wollten noch 10 % einen starken Mann zur Lösung der Probleme, 2010 sind es schon 20 %. Aber die starken Männer nützen die Menschen genauso oder noch mehr aus, wie alle anderen Herrschenden. Ein

starkes Volk braucht keine starken Männer, sondern sorgt selbst und selbstbewusst dafür, dass Reichtum nicht weiter Armut produzieren kann.

Solidarität ins Gegenteil verkehrt

Nun haben Sloterdijk und Konsorten einen neuerlichen, unglaublichen Vorstoß in Richtung Entsolidarisierung publiziert und Öl ins Feuer der Diskussion über den Wohlfahrtsstaat gegossen. „Die unerhörte Aufblähung der Staatlichkeit in der gegenwärtigen Welt, die Überregulierung, Überschuldung, sowie Überbesteuerung hätten den Umverteilungsstaat zu einem geldsaugenden und geldspeienden Ungeheuer gemacht, das auf drastische Art zu bekämpfen wäre: mit einem antifiskalischen Bürgerkrieg“ (Peter Sloterdijk, Frankfurter Allgemeine Zeitung). Die großen Diskussionen um Prölls Transferkonten bei uns sind nur ein leises Lüftchen gegen die Riesenseinsetzung, die den Wortmeldungen der Philosophen in Deutschland folgte. In einer Analyse dazu hieß es: „Es gibt den Aufstieg eines sozialen Milieus, das den kulturellen Erscheinungen des Wohlfahrtsstaates nur noch Verachtung entgegenbringt. In diesen Milieus, in den Redaktionsstuben der Feuilletons, den Kasinos der Banken, den Architektenbüros und Werbeagenturen herrscht Einigkeit nur darüber, dass der Wohlfahrtsmentalität des sozialdemokratischen Zeitalters unbedingt ein Ende zu bereiten sei. Die Unproduktiven dürfen nicht länger auf Kosten der Produktiven leben. Es muss die Revolution der gebenden Hand folgen!“ (Axel Honneth, DIE ZEIT)

Ausgepresst wie eine Zitrone

Das hätten sich die Begründer des Staatswesens im Vorderen Orient vor 5.000 Jahren wohl nicht träumen lassen, dass ihre Initiative, die ja gerade zur Rettung des Individuums begründet wurde und vom Nomadentum zum organisierten Überlebensbetrieb im Staat führte, einmal von den „Starken“, die eigentlich das Überleben aller sichern sollen, abgelehnt werden würde, dass Solidarität sich in Unsolidarität verwandeln würde. Ein in der Geschichte der Menschheit unerhörter Vorgang, der allem menschlichen Sein und seiner Würde widerspricht. Die Rede vom unproduktiven (wertlosen) und vom produktiven (wertvollen) Menschen gehört zu den Kränkungen und Demütigungen, die Benachteiligte heute zu ertragen haben und ist

eine Abwertung sondergleichen, denn die Unproduktiven sind eigentlich jene, die vom angehäuften Geld leben, das andere für sie erarbeitet haben und von dem sie nicht einmal den adäquaten Beitrag (Steuern) für das Gemeinwohl leisten. Die Firmenchefs, Konzerninhaber, Aktienspekulanten, Banksters leben auf Kosten der Anderen wie die Maden im Speck. Die Produktiven sind die arbeitenden Menschen, die alle Werte schaffen. Viele müssen etwas leisten, damit sich einige Wenige viel leisten können. Gleichzeitig beraubt unsere Profitgesellschaft heute immer mehr Menschen der Entfaltungsmöglichkeiten ihrer Produktivität. Die arbeitenden Menschen, die alles schaffen, werden vom System ausgepowert, leer gemacht, krank gemacht, deklassiert und dann ausgespuckt, sie finden keine Arbeit mehr und „fallen der Gesellschaft zur Last“. Sie machen die Erfahrung, nicht mehr gebraucht zu werden, und die Ideologen der Leistungsträger, sowie der Blutsauger, die auf Kosten der arbeitenden Menschen leben, werfen ihnen dann auch noch persönliches Versagen vor. Ein Teufelskreis, der gegen jede Menschenwürde Opfer produziert, die die Leistungsgesellschaft am liebsten gar nicht in ihrer Mitte haben möchte. Randexistenzen, die am besten nicht existieren sollten.

Der Diebstahl der Reichen an den Armen

Das *profil* entblödet sich nicht, zu dieser Diskussion in der Form beizutragen, dass es im Untertitel einer Umverteilungsstory schreibt: „Zwei Millionen Nettozahler erhalten sechs Millionen Nettoempfänger. Das österreichische Umverteilungssystem schröpft die Steuerpflichtigen, fördert die Falschen und ist leistungsfeindlich: Statt Erwerbsarbeit zu forcieren, werden Hausfrauen, Erben und Trägheit belohnt.“ Hier reißerisch formuliert, wird es in der oben genannten Klientel zum Fanal eines Endkampfes gegen die Armen und Benachteiligten. In dem Artikel der dieser Entgleisung folgt muss dann ohnehin relativiert werden, wenn davon die Rede ist, dass die Einkommen des obersten Zehntels der Bevölkerung in den letzten zehn Jahren um zehn Prozent gestiegen sind, während die Einkommen des untersten Zehntels um zwölf Prozent sanken. Abgesehen davon, dass laut einer Studie der Nationalbank das oberste Hundertstel aller Haushalte 190 Milliarden Euro – und damit 20 Prozent des gesamten Immobilienbesitzes hält und auf die wohlhabendsten zehn Prozent der Österreicher

fast zwei Drittel des Immobilienvermögens entfallen.

Geldvermögen ist nicht viel gerechter verteilt: Das oberste Promille der österreichischen Haushalte verfügt über acht Prozent des gesamten Geldvermögens und damit über gleich viel wie die gesamten unteren 50 Prozent. Selbst das *profil* muss zugeben, dass dort viel Geld zu holen wäre.

Almosen statt Gerechtigkeit

Wirklich ins Groteske gleiten die Vordenker eines Raubtierkapitalismus wie Sloterdijk und andere aber ab, wenn sie vorschlagen, dass die Reichen die Armen anstelle von Steuern durch Spenden finanzieren könnten. Sie meinen, dass der Reiche, der jetzt seine Steuerabgaben nur widerwillig bezahlt und durch seine Steuerberater jedes, noch so kleine Schlupfloch dazu benützt, keine Steuern zu zahlen, dann den Ruhm als großzügiger Spender suchen würde. Haha! „Wenn man akzeptieren könnte, dass Ungleichheit zu den menschlichen Grundbedingungen zählt, gewänne die Tugend der Barmherzigkeit ihr altes Gewicht zurück“ (Peter Sloterdijk, DIE ZEIT). Und dann doch die Einschränkung: „Dadurch würde der Sozialstaat, der trotz allem ein Gewinn bleibt nicht ersetzt, sondern ergänzt.“ Totale Unterwerfung unter das Diktat des Kapitalismus, das ist gefordert, du sollst dich ganz aufgeben, dann bist du zwar tot, doch von den Reichen bekommst du nicht einmal Blumen auf den Sarg und wenn schon, dann ist es ein PR-Gag, für die Öffentlichkeit bestimmt, um gut dazustehen und von der Steuer abgesetzt zu werden. Ungeheuerlich! Ja, das wäre vielen recht: Eine Almosengesellschaft, in der man Brosamen denen abgibt, die nichts haben. Das wurde auch im Faschismus so praktiziert. Die, die von unserer Arbeit leben, geben uns von dem, was eigentlich uns gehört, ein Almosen ab. Aber nur den Armen, nicht den Faulen, wie mir einmal jemand sagte, der mir einen Sack alter Kleider gab.

Diese Gesellschaft muss verändert werden

In jeder Generation schaffen die Arbeitnehmer die Werte, von denen eine Gesellschaft lebt, das wird sich nie ändern, auch wenn man uns das einreden will. Nur die, die den Gewinn ziehen und die geschaffenen Werte privatisieren und aus der Gesellschaft abziehen, die leisten nichts zur Erhaltung und zum Betrieb der ganzen Gesellschaft. Wir meinen, dass es möglich ist, den notwendigen gerechten Ausgleich in unserer Gesellschaft zu schaffen, aber nicht, indem verschiedene Gruppen gegeneinander

aufgehetzt werden, sondern indem jeder beiträgt, was ihm möglich ist, damit alle menschenwürdig leben können. Das erfordert eine Umverteilung zugunsten derer, die alle

Werte schaffen. Dazu sind aber die derzeit Herrschenden und Mächtigen, die alles haben, noch nicht bereit.

DAS VOR-LETZTE

(... leider nicht nur anlässlich des F a s c h i n g s)

Die Unschuldsvermutung

Nun, es gibt ja jedes Jahr, das Wort des Jahres, z.B. Bankster. Wir wollen diese Idee um eine weitere bereichern, usw. um den Satz des Jahres, und der lautet: „**Es gilt die Unschuldsvermutung**“. Immer mehr Beiträge in den Medien enden mit diesem Stehsatz, um Klagen zu entgehen – von Personen, die z.. B. von Waffenkonzernen vom Gericht um dreistellige Euro-Millionen-Beträge quasi freigekauft werden. Gesagt wird der Satz meistens über Personen, die gewaltig „Dreck am Stecken“ haben dürften. Das reicht von einem Waffengrafen einer Ex-Ministerin bis zu einem Ex-Finanzminister einer Kristallfiona.

Die „Unschuldsver(sch)mut(z)ung“ grass(i)er(t) sozusagen im buchstäblichen Sinne. A propos Unschuldsvermutung:

Hypothekalkommunalunkreditvolksbankenbawag raffgiebelkreuzteufelerstenochmal, Bankster sind doch auch nur Menschen, und wegen einer diebischen Elst(n)er sind doch noch lange nicht alle Schafe weiß. Eben! Aber vielleicht geht's gar nicht um Schafe! Hätten die Säue so viel Schwein wie die Säue Schwein haben, sie könnten sich wie die „großen Viecher“ – in der Unschuldsvermutung – sulen. Bekanntlich kommt ein Schwein selten allein: Wer das Geld hat, hat die Macht und wer die Macht hat, hat das Geld. Soviel zum „gedeihlichen“ Zusammenwirken von Wirtschaft, Politik und Schwein. Was das mit uns zu tun hat?

Bekanntlich macht Geld ja nicht glücklich und ist das Glück ein Vogel. Wahrscheinlich denken sich deshalb so viele, dass die da oben einen Vogel haben.

Aber Hauptsache, man beschützt uns vor Unglück und Ortstafeln! Mehr Polizei soll Österreich sicherer machen, unser erarbeitetes Erspartes vor Langfingern schützen. Schottermitzi, HaCe und NOErwin sei Dank! Doch lauert die Gefahr auf der Straße? Gangster aufgepasst. Bankster brauchen gar nicht die Wohnungstür aufbrechen oder über den Gartenzaun zu steigen, sie sind schon drin. Ihr Hintertürl – unser Bankkonto. Ganz legal, unter massiven Polizei- und Politikerschutz! Ätsch!

Bank! Räuber! Hilfe! Versichern beruhigt? Die Regierung versichert Industrie und Banken, die Opposition stimmt zu: Eure Spekulationsausfälle zahlen „wir“! Wir? Ja, wir, nicht sie! So werden wir unschuldig zu Schuldner. Wo bleibt da die Unschuldsvermutung? Wir vermuten, sie bleiben sie uns schuldig!

Es würde unsere Aussendung sprengen, wollten wir all die ehrenwerten und unschuldsvermuteten Damen und Herren aus Wirtschaft und Politik hier aufzählen – und dazu ist uns das unschuldige Papier zu schade.

DAS LETZTE

"Sag mir, wird es einen Krieg geben?"
"Es wird keinen Krieg geben, aber es
wird einen solchen Kampf um den
Frieden geben, dass kein Stein auf dem
anderen bleibt!"

Hermann van Veen

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Leser und Freunde!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache benötigen: Auftreten gegen Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel. Nur gemeinsam können wir für eine bessere Zukunft arbeiten.

*Mit kollegialen Grüßen,
"GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg"*

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S** – ZVR 100322133

Spendenkonto bei der PSK 73.055.305 – Bankleitzahl 60.000 - Bei Einzahlungen mit Erlagschein/Überweisungen bitte wie folgt ausfüllen: Unter Kontonummer EmpfängerIn: 73 055 305, unter EmpfängerIn: PSK, W. Leisch, und unter Verwendungszweck: Gew. gg. Atomenergie.

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100 Prozent der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffel, H. Tschida,

Kontaktadresse: Stiftgasse 8, 1070 Wien. E-mail: ggae@gmx.at Homepage: www.atomgegner.at

